



HESSISCHER LANDTAG

02. 07. 2007

*Dem
Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum
und Verbraucherschutz überwiesen*

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP betreffend Versalzung der Werra nachhaltig verringern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zum Kalibergbau in Osthessen, der seit Jahrzehnten entscheidenden Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region genommen hat. Auch künftig kommt der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens Kali und Salz hohe Bedeutung für die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie der regionalen Wertschöpfung zu. Gleiches gilt für die Arbeitsplätze in den aufstrebenden Tourismusregionen entlang der Werra und Weser, die auf eine weitgehend unbelastete Naturlandschaft zwingend angewiesen sind.
2. Der Landtag bekennt sich zu einer Politik, die wirtschaftliches Handeln und einen nachhaltigen Umgang mit der Natur in Einklang bringt. Dazu gehört auch die schrittweise Reduzierung von Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung. Trotz der bisherigen Erfolge zur Verringerung der Salzbelastung hält der Landtag weitere Anstrengungen des Unternehmens Kali und Salz für erforderlich, um die Salzfracht der Werra weiter zu verringern.
Dies beinhaltet die rechtlich vorgeschriebene Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie bis zum Jahr 2015 sowie die Zielvorgabe, die Werra darüber hinaus ab dem Jahr 2020 wieder zu einem naturnahen Gewässer werden zu lassen. Der Landtag lehnt daher eine Fortschreibung des am Regel Gerstungen noch bis zum Jahr 2012 geltenden Grenzwertes von 2.500 mg Chlorid bzw. des bis zum Jahr 2009 geltenden Grenzwertes von 90 Grad dH ab.
3. Der Landtag fordert das Unternehmen K+S auf, einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der Hessischen Landesregierung abzuschließen, in dem die unter Punkt 1 bis Punkt 5 genannten Forderungen vereinbart werden. Diese Vereinbarung ist Voraussetzung für weitere Genehmigungen im Rahmen der berg- und wasserrechtlichen Verfahren, die den Zeitraum nach 2012 betreffen. Darüber hinaus hält der Landtag die Bildung eines dauerhaften "Runden Tisches" unter der Moderation der Landesregierung mit Vertretern des Unternehmens Kali und Salz, von Umweltverbänden, Behörden, der betroffenen Bundesländer sowie der Anrainerkommunen an Werra und Weser für sinnvoll und erforderlich. Er soll die Aufgabe haben, Strategien und einen verbindlichen Zeitplan zur Verringerung der Salzbelastung in der Werra zu erarbeiten. Neben Umweltbelangen gilt es, gleichgewichtig die Kali-Arbeitsplätze in der Region zu sichern.
4. Der Landtag stellt fest, dass wegen des zu Ende gehenden Verserkolumens im Plattendolomit der Werra-Region dringend geeignete und dauerhaft wirkende Vermeidungs- und Entsorgungsstrategien seitens des Unternehmens Kali und Salz erforscht, entwickelt und angewendet werden müssen, um den Bestand der Werke und der Arbeitsplätze nicht zu gefährden.

5. Die Umsetzungsfortschritte der vertraglich festgelegten Verfahren sind spätestens zwei Jahre nach der Unterzeichnung und danach im zweijährigen Turnus dem zuständigen Ausschuss des Hessischen Landtages durch die Landesregierung darzulegen.

Wiesbaden, 2. Juli 2007

Für die Fraktion der CDU
Der Parl. Geschäftsführer:
Wintermeyer

Für die Fraktion der SPD
Der Parl. Geschäftsführer:
Kahl

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Parl. Geschäftsführer:
Kaufmann

Für die Fraktion
der FDP
Die Parl. Geschäftsführerin:
Beer